

Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum: Synopsis zu den Antworten der Parteien



Fragen des Bündnisses	CDU/CSU	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP
Kernaussage(n) (Interpretation)	Kein Handlungsbedarf in der Grundsicherung Arbeit statt Existenzminimum	Begrenzter Handlungsbedarf - Einschränkung von Sanktionen	Sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro	Neue Berechnung und Erhöhung der Regelsätze - keine Sanktionen	„Liberales Bürgergeld“ als einheitliche Sozialleistung
Wie bewerten Sie die aktuelle Höhe der Regelbedarfe?	ausreichend, weil sichert menschenwürdiges Existenzminimum	ausreichend, weil sichert soziokulturelles Existenzminimum	zu niedrig, weil es soziokulturelles Existenzminimum unterschreitet	zu niedrig, weil künstlich kleingerechnet	ausreichend, weil verfassungskonform
Für welche Ermittlungsmethode setzen Sie sich ein und welche Höhe halten Sie für angemessen?	Bisherige Ermittlungsmethode beibehalten, weil verfassungskonform, transparent und sachgerecht	Bisherige Ermittlungsmethode beibehalten, weil verfassungskonform	Neuermittlung mit Armutsrisikogrenze als Richtwert, überprüft durch Warenkorb (Bedarfs-TÜV) 1.050 Euro Mindestsicherung	Neuermittlung wie folgt: * Bedarfe auf Basis der Ausgaben der untersten 20% der nach Einkommen sortierten Haushalte * Vermeidung von Zirkelschlüssen * tatsächliche Ausgaben zum Maßstab * keine Gefährdung des „internen Ausgleichs“ oder der sozialen und kulturellen Teilhabe	Bisherige Ermittlungsmethode beibehalten, weil verfassungskonform und sachgerecht „Liberales Bürgergeld“ ¹ als Alternative zur Grundsicherung
Welche Position haben Sie zur Sanktionspraxis im Arbeitslosengeld II und welche Änderungen streben Sie gegebenenfalls an?	an aktueller Sanktionspraxis festhalten	Abschaffung der schärferen Sanktionen für unter 25-Jährige und für die Kosten der Unterkunft	Abschaffung aller Sanktionen Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung	Abschaffung aller Sanktionen, insb. für unter 25-Jährige und für die Kosten der Unterkunft Jobcenter zu Dienstleistern für Arbeitssuchende machen	an aktueller Sanktionspraxis festhalten Hinzuverdienstgrenzen erhöhen - Hartz IV als Kombilohn

Fragen des Bündnisses	CDU/CSU	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP
Stimmen Sie folgenden Sofortmaßnahmen zu: - Erhöhung des Mobilitätsbedarfes - Streichung 1 Euro Eigenanteil beim Mittagessen - Erhöhung des Schulbedarfes ?	keine Ausweitung von Leistungen in der Grundsicherung	keine Positionierung zu den Vorschlägen - stärkere Berücksichtigung von Mobilitätskosten gilt als bereits realisiert	stimmt Sofortmaßnahmen zu, fordert aber grundlegende Alternative (Mindestsicherung)	stimmt Sofortmaßnahmen zu - Mobilitätsbedarf sollte erhöht werden	Einmalzahlungen gelten als zu kompliziert
Stimmen Sie der Wiedereinführung der Einmalbeihilfen für z.B. Weisse Ware und Brillen zu? Befürworten Sie einen Mobilitätszuschlag für ländliche Regionen?	keine Ausweitung von Leistungen in der Grundsicherung	keine Positionierung zu den Vorschlägen	Vorschläge werden unterstützt, aber als nicht ausreichend angesehen	Vorschläge werden unterstützt - Mobilität muss für alle gewährleistet werden	keine Positionierung zu den Vorschlägen
Wie wollen Sie die Situation von Kindern und Jugendlichen in der Grundsicherung verbessern?	Bildungs- und Teilhabepaket gilt als ausreichend	* Gute und bedarfsdeckende Kitas und Ganztagschulen * Nach Einkommen und Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld (Integration Kindergeld und –zuschlag)	Aktionsplan gegen Kinderarmut Kindergeld: 328 Euro und Kindergrundsicherung: 573 Euro	* Regelbedarfe für Kinder neu berechnen und anheben * Leistungen für Bildung und Teilhabe reformieren * Umgangsmehrbedarf für Kinder mit getrennt lebenden Eltern	Kindergeld 2.0, in dem alle Leistungen zusammengefasst sind
Sind Sie der Meinung, dass die Ermittlung der Regelbedarfe durch eine unabhängige Kommission durchgeführt werden soll?	gegen Kommission	gegen Kommission	Kommission für gesellschaftliche Debatte sinnvoll	gegen Kommission, aber Parlament als Akteur stärken	gegen Kommission

¹ Steuerfinanzierte Sozialleistungen sollen zu einem Bürgergeld zusammengelegt und einschließlich Wohnkosten pauschaliert werden. Ein verbessertes Leistungsniveau gegenüber dem heutigen Hartz-Niveau ist nicht vorgesehen. Nicht existenzsichernde Löhne sollen mit dem Bürgergeld kombiniert werden und dazu u.a. die Minijobs ausgeweitet werden (Anhebung der Minijobgrenze auf 530 Euro). Das Bürgergeld ist vor allem ein Kombilohnmodell, mit dem aus Sicht des Bündnisses die Arbeitgeber noch mehr aus der Pflicht entlassen werden, existenzsichernde Löhne zu zahlen.